

Kulturpolitik für eine Kultur der Verständigung



Prof. Monika Grütters
MdB, Staatsministerin
für Kultur und Medien
Foto: Martin Becker

Welt. Kultur. Politik: Zwei Punkte trennen diese drei Wörter im Tagungstitel des 9. Kulturpolitischen Bundeskongresses, und doch glaubt man, darin eine »Welt-kultur-politik« anklingen zu hören. Was auch immer man darunter verstehen mag in einer von kulturellen Konflikten geprägten Zeit - ob realistisches Zukunftsszenario oder ferne Utopie, ob vielversprechende Verheißung oder drohende Verluste: Fest steht, erstens, dass das Institut für Kulturpolitik damit wieder einmal ein spannendes Tagungsprogramm mit sicherlich erhellenden Debatten auf die Beine gestellt hat - und dass es, zweitens, zumindest einen »Weltkulturminister« auf absehbare Zeit nicht geben wird, so dass die Ehre, den Kulturpolitischen Bundeskongress zu eröffnen, hoffentlich bis auf Weiteres der amtierenden Kulturstaatsministerin vorbehalten bleibt. Ich freue mich jedenfalls, dass ich die Tagung nicht nur mit Mitteln aus meinem Kulturretat unterstützen, sondern auch einige Überlegungen, Beobachtungen und Erfahrungen zur Diskussion über Kulturpolitik im Zeitalter der globalen Vernetzung beisteuern kann.

Zu den Besonderheiten dieses Zeitalters gehört es, dass man gar nicht erst in die Ferne schweifen muss, um die Begegnung - oder auch die Konfrontation - mit der Vielfalt der Welt zu erleben. Ob hier in Berlin oder in anderen Städten und Regionen: Es ist faszinierend zu sehen, wie viele unterschiedliche Kulturen und Religionen, Traditionen und Zukunftsträume, Lebensentwürfe und Weltanschauungen in Deutschland eine Heimat gefunden haben - und wie sehr unser Land davon profitiert hat, weil mit Menschen, die auf unterschiedliche Weise ihr Glück suchten und ihre Träume verwirklichen wollten, immer wieder auch Ehrgeiz, Pioniergeist, Experimentierfreude und Innovationskraft Einzug hielten. Berlin beispielsweise ist ja immer schon eine Stadt der Zuwanderer gewesen. Hugenotten, Polen, Schlesier, Türken - ja sogar Schwaben: Alle haben hier eine Heimat gefunden, und jedes Jahr

kommen fast 40.000 Menschen neu hierher. Gibt es eine schönere Bestätigung für eine Stadt, als die Sehnsucht junger Menschen aus der ganzen Welt, hier leben und arbeiten zu wollen? Doch die Vielfalt der Kulturen, Religionen, Lebensentwürfe und Weltanschauungen kann manchmal ebenso beängstigend und verstörend sein, wie sie zweifellos inspirierend und bereichernd ist. Vielfalt bleibt eine Herausforderung - für manche sogar eine Bedrohung. Allein die Menschen zu integrieren, die in den vergangenen Jahren Zuflucht in Deutschland gesucht haben und die für eine Zeitlang oder vielleicht sogar für immer bleiben werden, ist eine Aufgabe für Jahre, wenn nicht Jahrzehnte.

»Welt-Kultur-Politik« - um den Tagungstitel noch einmal aufzugreifen - »Weltkulturpolitik« verstehe ich vor diesem Hintergrund als Kulturpolitik für eine weltoffene, pluralistische Gesellschaft. Mir geht es dabei vor allem um eine Kulturpolitik für eine Kultur der Verständigung. Verständigung erfordert einerseits ein Bewusstsein der eigenen Identität - Klarheit darüber, was uns ausmacht als Deutsche und als Europäer. Denn nur wer das Eigene kennt und wertschätzt, kann auch dem Fremden Raum geben, ohne sich dadurch bedroht zu fühlen, und nur, wer sich begründet abgrenzen kann, ist imstande, die eigenen (demokratischen) Werte zu verteidigen. Man muss in diesem Zusammenhang nicht den Begriff der Leitkultur bemühen, aber es wichtig, darüber zu diskutieren, was uns ausmacht - allein schon deshalb, weil wir das Bedürfnis nach Selbstvergewisserung ansonsten den Nationalisten und ihrer Ideologie überlassen, die in der Abwertung des Anderen Rassismus nährt, Ausgrenzung fördert, und die einst unermessliches Leid über Deutschland und Europa gebracht hat. Im Übrigen kennen doch gerade Kulturliebhaber die Bedeutung von Leitmotiven. Ein Leitmotiv in einer Oper, in einem Film oder Roman sorgt nicht nur für Orientierung und Struktur, verknüpft nicht nur die Vielfalt an Themen, Personen und Motiven.

Rede der Kulturstaatsministerin zur Eröffnung des 9. Kulturpolitischen Bundeskongresses am 15. Juni 2017 in Berlin



Im Leitmotiv verdichtet sich auch, was ein Werk, ein Œuvre oder auch eine Epoche von anderen unterscheidet. Und selbstverständlich lassen sich in ähnlicher Weise auch Gemeinschaften anhand ihrer Leitmotive beschreiben. Wie sonst ließe sich eine Kirche von einem Unternehmen unterscheiden, ein Fußballverein von einer Theatergruppe oder die SPD von der FDP? Dass der Begriff der Leitkultur - der Versuch zu beschreiben, was uns als Deutsche ausmacht - immer wieder die Gemüter erregt, ist im Übrigen ein schönes Beispiel für ein Leitmotiv deutscher Debattenkultur. Aber das nur nebenbei.

Verständigung erfordert jedenfalls einerseits Selbstbewusstsein und Selbstvergewisserung - das Einstehen für das Eigene. Verständigung erfordert andererseits aber auch, das Verbindende über das Trennende stellen zu können: das Menschliche über die Unterscheidung zwischen gläubig und ungläubig, zwischen deutsch und nicht-deutsch, zwischen weiblich und männlich, zwischen muslimisch und christlich. Das kommende Europäische Kulturerbe-Jahr 2018 erinnert uns - 400 Jahre nach Beginn des 30-jährigen Krieges und 100 Jahre nach Ende des Ersten Weltkrieges - nicht zuletzt auch daran, wie schwer wir uns in Deutschland und Europa über Jahrhunderte eben damit getan haben: wie oft wir im Umgang mit religiöser und kultureller Vielfalt versagt haben, wie hart errungen - mit viel Krieg, Leid und Gewalt bezahlt - Demokratie, Toleranz und Freiheit doch sind. Es erinnert uns daran, dass unsere demokratischen Werte und die Fähigkeit, Vielfalt als Freiheitsgewinn zu begreifen, letztlich geronnene Lernerfahrungen sind.

Zu solchen Lernerfahrungen, die ein friedliches Miteinander unterschiedlicher Lebensweisen, Traditionen und Weltanschauungen immer wieder aufs Neue erfordert, aber auch zur Selbstvergewisserung und zur Auseinandersetzung mit der eigenen Identität, können gerade Kunst, Kultur und auch die Medien in besonderer Weise beitragen. Nicht umsonst hat Deutschland, das sich diese zivilisatorischen Errungenschaften nach der nationalsozialistischen Barbarei mühsam wieder erarbeiten musste, die Freiheit der Kunst und der Presse in den Verfassungsrang erhoben. In diesem Sinne ist es mein wichtigstes Anliegen, mit meiner Politik eine Kultur der Verständigung zu fördern - in der Erinnerungspolitik und in der Medienpolitik ebenso wie beim Schutz des kulturellen Erbes und in der Förderung der künstlerischen Avantgarde. Dafür konnte ich in allen Haushaltsverhandlungen meiner bisherigen Amtszeit erreichen, dass der Bundeskulturhaushalt deutlich aufgestockt wird - für 2017 sogar um ganze 17 Prozent auf rund 1,63 Milliarden Euro. Das ist ein eindrucksvoller Beleg für die politische Wertschätzung der Kultur in diesen bewegten Zeiten.

Lassen Sie mich anhand einiger Beispiele aus meiner bisherigen Amtszeit erläutern, was ich unter einer Kulturpolitik für eine Kultur der Verständigung verstehe, die gleichermaßen der Selbstvergewisserung wie auch dem interkulturellen Austausch dient.

Für die Auseinandersetzung mit unserer Identität und das Lernen aus der eigenen Vergangenheit steht beispielsweise der Umgang mit unserer Ge-

schichte - mit einer von Brüchen gezeichneten Freiheits- und Demokratiegeschichte und insbesondere mit dem Zivilisationsbruch des Holocaust. Zur offenen und schonungslosen Auseinandersetzung mit den Menschheitsverbrechen der Nationalsozialisten, aber auch mit der SED-Diktatur gehört es, Geschichte in Bezug zu setzen zur Gegenwart, sie auf ihre Lehren hin zu befragen und auf die Verantwortung, die daraus erwächst. Eben das macht eine lebendige Erinnerungskultur, das macht eine Kultur der Verständigung aus, die unterschiedlichen Erfahrungen und Perspektiven Raum gibt. Es geht darum, einen »geschützten Raum für den Strom der Erzählungen« zu schaffen, wie der Historiker Karl Schlögel es einmal formuliert hat. Das bedeutet, ich zitiere weiter: eine »Sphäre von Öffentlichkeit, die den Pressionen von außen, von gleich wem standhält, und sich die Freiheit bewahrt und die Zumutungen aushält, die in den Erzählungen präzedenzlosen Unglücks im Europa des 20. Jahrhunderts enthalten sind.« Diesen »geschützten Raum für den Strom der Erzählungen« zu schaffen und verteidigen, ist Teil der staatlichen Verantwortung für die Erinnerungskultur.

Deshalb erhalten wir, was von den ehemaligen Konzentrationslagern noch sichtbar ist, und bringen sie als Zeitzeugnisse für künftige Generationen zum Sprechen. Wir bauen und finanzieren Mahnmale, die Zeugnis ablegen von den Verbrechen der Nationalsozialisten; ich nenne hier nur das Denkmal für die ermordeten Juden Europas im Herzen der deutschen Hauptstadt. Wir finanzieren Einrichtungen, die einer breiten Öffentlichkeit die gemeinsame deutsch-jüdische Geschichte nahe bringen: etwa die Stiftung Jüdisches Museum Berlin, außerdem Orte der jüdischer Kultur und Religion wie Synagogen und Friedhöfe. Wir fördern außerdem die Provenienzforschung zur Aufarbeitung des NS-Kunstraubs. Auch hier geht es um die Anerkennung des Leids und des Unrechts, dem Verfolgte des NS-Regimes, insbesondere Menschen jüdischen Glaubens, unter der nationalsozialistischen Terrorherrschaft ausgesetzt waren. Ich habe das für Provenienzforschung zur Verfügung stehende Budget deshalb mittlerweile gegenüber dem Haushaltsansatz bei meinem Amtsantritt mehr als verdreifacht - von zwei auf jetzt 6,5 Millionen Euro jährlich - und gemeinsam mit den Ländern und den kommunalen Spitzenverbänden die Stiftung Deutsches Zentrum Kulturgutverluste aufgebaut. Darüber hinaus finanzieren und fördern wir den kulturellen Brückenbau zwischen Deutschland und Israel, etwa den deutsch-hebräischen Übersetzerpreis, den ich gemeinsam mit meiner israelischen Amtskollegin ins Leben gerufen habe. Und nicht zuletzt widersprechen wir mit aller Entschiedenheit, wenn neue politische Kräfte in unserem Land unsere Erinnerungskultur, an der unsere Gesellschaft und unsere Demokratie gereift sind, für parteipolitische Zwecke missbrauchen und aus der Hetze gegen den Umgang Deutschlands mit seiner Geschichte politischen Profit für ihre nationalistische

Ideologie zu schlagen versuchen. Genauso wenig dulden wir, dass Menschen, deren Wahrnehmung und Einstellungen von einem in ihren Herkunftsländern weit verbreiteten Antisemitismus geprägt sind, gegen Andersglaubende hetzen. Denn in der Frage der Anerkennung der Lehren, die Deutschland aus der verbrecherischen Herrschaft der Nationalsozialisten gezogen hat, darf es keine »Kultur der Vielfalt« geben - hier gibt es nur eine einzige Haltung: Die Aufarbeitung des Holocaust und die Versöhnung mit den Juden sind Teil unseres Selbstverständnisses und nicht verhandelbar. Deutschland darf nie wieder ein Land sein, in dem Menschen wegen ihres Glaubens Gewalt und Diskriminierung von wem auch immer schutzlos ausgesetzt sind! Das müssen wir allen vermitteln, die in Deutschland leben wollen.

Um zu vermitteln, wofür wir stehen, brauchen wir auch unsere Kultureinrichtungen - beispielsweise die rund 6.700 Museen in Deutschland. Ein Gedicht sei immer die Frage nach dem Ich, hat Gottfried Benn einmal gesagt - und man könnte ergänzen: Ein Museum ist immer die Frage nach dem Wir. Museen sind kollektives Gedächtnis und Bewusstsein. Sie machen gemeinsame Erinnerungen, Werte, Perspektiven auf die Welt sichtbar und erfahrbar - und stiften damit Identität. Sie spiegeln und prägen unser Selbstverständnis. Eine ganz neue Art, die »Frage nach dem Wir« zu stellen und zu beantworten, erwartet uns im Humboldt Forum, das 2019 seine Pforten öffnen soll. Die außereuropäischen Sammlungen der Stiftung Preussischer Kulturbesitz, die wir hier präsentieren wollen, bieten in Verbindung mit der benachbarten Museumsinsel und deren Kulturschätzen aus Europa und dem Nahen Osten einmalige Einblicke in das kulturelle Erbe der Menschheit. Sie vermitteln, was uns als Menschen ausmacht. Sie offenbaren, dass es ein »Wir« nicht nur innerhalb, sondern auch jenseits kultureller und nationaler Grenzen gibt. Zukunftsweisend ist das Humboldt Forum aber vor allem als Ort der Verständigung: Wir wollen die Sammlungen in ihrer Bedeutung für das 21. Jahrhundert zum Sprechen bringen. Deshalb soll beispielsweise das Thema Religion eigenständigen Raum bekommen - mit Blick auf die Krisen im Nahen und Mittleren Osten, mit Blick auf die damit verbundenen Flüchtlingsbewegungen und auch mit Blick auf die Angst, die Terroristen im Namen des religiösen Fundamentalismus verbreiten. Auf diese Weise kann und soll im Humboldt Forum ein lebendiger Ort möglichst breiter öffentlicher Debatten entstehen: ein Museum, das die Gesellschaft nicht nur abbildet, sondern auch mitformt - ein Museum, das die »Frage nach dem Wir« auch als Aufgabe interpretiert, Verstehen, Verständnis und Verständigung zu fördern. Um zu erkennen, wie sehr wir solche Orte der Verständigung brauchen, reicht ein Blick in die Nachrichten: Die großen Herausforderungen unserer Zeit - vom Klimaschutz über Migration bis zur Friedenssicherung - erfordern mehr denn je die Bereitschaft,



unterschiedliche Perspektiven einzubeziehen. Der Bund fördert deshalb aus meinem Kulturretat über das Humboldt Forum hinaus eine Reihe von Museen, Gedenkstätten und Ausstellungshäusern von gesamtstaatlicher Bedeutung, vergibt Zuwendungen und stellt Mittel für die Kulturstiftung des Bundes zur Verfügung, die wiederum Projekte von und für Museen finanziert. Darüber hinaus ist es mir wichtig, Aufmerksamkeit zu schaffen für das, was unsere Museen landauf landab für unsere Gesellschaft leisten - so wie etwa im Rahmen der Initiative »Kultur öffnet Welten«, die sichtbar macht, was Kultureinrichtungen zu Integration und Zusammenhalt beitragen.

Mit Förderungen und Auszeichnungen besonderer Projekte würdigt der Bund auch das vielfältige, oft ehrenamtliche Engagement unendlich vieler Kulturschaffender, Künstler und Kreativer, die sich von Konstanz bis Kiel für die Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte einsetzen. Im Sinne einer Kultur der Verständigung hat mein Haus außerdem gemeinsam mit dem Deutschen Kulturrat die »Initiative Kulturelle Integration« ins Leben gerufen, die kürzlich 15 Thesen zur kulturellen Integration und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt vorgelegt hat. Diese Initiative, an der nicht nur Bund, Länder und Kommunen, sondern auch Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft, der Sozialpartner, der Kirchen und Religionsgemeinschaften mitgewirkt haben, wollen wir mit Veranstaltungen und Aktionen fortsetzen.

Ja, Kultur öffnet Welten - und vor allem die Kunst hat Einfluss darauf, wie kulturelle Vielfalt in Deutschland wahrgenommen wird. Ein Roman, eine Erzählung kann Perspektiven verschieben

und Vorstellungsräume erweitern - und damit auch die Grenzen der Empathie. Ein Film kann Verbindendes sichtbar machen, wo das Trennende die Wahrnehmung beherrscht. Ein Theaterstück kann unseren Werten jenseits argumentativer Auseinandersetzung Gehör verschaffen. Mit ihrer Kraft, uns fremde Schicksale vertraut zu machen, sind Literatur, Theater und Film deshalb auch Hoffnungsträger: Wo Hass und Hetze gegen Anderslebende sich wie ein Virus verbreiten, können Künstler Köpfe und Herzen gegen dieses Virus immunisieren. Ich jedenfalls glaube an die Kraft der Kunst, und ich bin überzeugt: Künstlerische Vielfalt ist auf Dauer stärker als populistische Einfalt! Nicht zuletzt deshalb liegt mir die Förderung der künstlerischen Freiheit ganz besonders am Herzen.

So habe ich beispielsweise, damit Filmschaffende als Künstler ganz »ihr Ding« machen können, die kulturelle Filmförderung deutlich aufgestockt. Seit verganginem Jahr stehen dafür 15 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Deutlich mehr Geld - nämlich 25 Millionen mehr in diesem Jahr, und voraussichtlich 75 Millionen mehr im nächsten Jahr - gibt es auch für den Deutschen Filmförderfonds. 2018 werden also aller Voraussicht nach 125 Millionen Euro an Fördermitteln zur Verfügung stehen. Das ist eine Menge Geld - und umso bitterer ist es, wenn ich auf meinen Reisen die Haushaltsnöte vieler Kultureinrichtungen erlebe, wie etwa auf meiner jüngsten Theaterreise durch Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg Ende vergangenen Jahres. Die Kommunen sind in Deutschland zweifellos die tüchtigsten Kulturförderer, doch vielerorts muss gespart werden, und vielerorts versucht man, den Haushalt auf Kosten der Kultur zu sanieren. Das trifft dann beispielsweise die

Theater, denn Bühnen sind nun mal die größten Posten in jedem Kulturretat. Der Bund hat aus verfassungsrechtlichen Gründen keine Möglichkeit, einzelne Bühnen institutionell zu fördern, und das gilt auch für andere Einrichtungen. Er kann und er darf die Leistungen der Kommunen und der Länder nicht ersetzen oder gar ausbleibende Mittel kompensieren - und um es ganz klar zu sagen: Er ist auch nicht der Reparaturbetrieb der Länder, die ihre Pflichten zum Teil nur mittelmäßig erfüllen. Aber eines versuchen wir immerhin: nämlich durch etliche Bundeskulturpreise - für Theater, Kinos, Musikclubs, Buchhandlungen - das großartige Netz »geistiger Tankstellen« aufrecht zu erhalten und kulturell herausragenden Kulturorten mehr Aufmerksamkeit und Wertschätzung zu verschaffen. Das soll auch Unterstützung und Ermutigung für die zahlreichen Kleinkultur-Einrichtungen sein, in denen wahre Liebhaber am Werk sind und mit viel Herzblut und persönlichem Einsatz dafür sorgen, dass es auch fern der Metropolen ein großartiges Kulturangebot auf hohem professionellen Niveau für alle Bürgerinnen und Bürger gibt.

Last but not least kann auch die Musik Teil einer Kultur der Verständigung sein. Gerade die Musik ist ja ein Nährboden, in dem die Saat der Versöhnung aufgehen kann: Denn Musik ist eine Sprache, die mehr als jede andere des Zuhörens und Einfühlens bedarf - des Lauschens auf andere Stimmen, auf Takt und Tonart, auf laut und leise. Solche Erfahrungen sind es, die die Diplomatie der Kunst gelegentlich wirkmächtiger erscheinen lassen als die Kunst der Diplomatie. Ein Beispiel dafür ist die Barenboim-Said-Akademie, in der junge Menschen aus der arabischen Welt und aus Israel unterrichtet werden. Es gibt auf der ganzen Welt nichts Vergleichbares: einen Ort fern des Kriegs- und Krisenalltags, an dem Künstlerinnen und Künstler aus dem Nahen Osten gemeinsam musizieren, lernen und arbeiten. Die Akademie ergänzt und bereichert damit das breite Spektrum der Musikförderung

meines Hauses um interkulturelle Aspekte. Wenn nur einige Stipendiaten ihre Erfahrungen mit in ihre Heimatländer nehmen und dort weiter geben an andere, erreicht die Friedensbotschaft der Akademie ihren Bestimmungsort. Diese Erfahrungen, die allein die Musik zu schenken vermag, werden nicht mathematisch quantifizierbar sein, und sie werden in keiner Export-Statistik auftauchen. Aber sie sind es, die Verständigung und Verständnis ermöglichen und auf die es deshalb ganz besonders ankommt, wenn Politik und Diplomatie an ihre Grenzen stoßen. So darf die Unterstützung für die Barenboim-Said Akademie durchaus auch als Beitrag der Bundesrepublik zum Friedensprozess im Nahen Osten verstanden werden. Ich freue mich jedenfalls sehr, dass mein Haus für den Bau der Akademie 20 Millionen Euro zur Verfügung stellen konnte und seit 2017 die Betriebskosten trägt - und dass das Auswärtige Amt das Stipendienprogramm finanziert. Damit steht die Barenboim-Said Akademie auf einem tragfähigen finanziellen Fundament - in einer Stadt, die vielleicht noch mehr als andere prädestiniert dafür ist, Hoffnung auf Verständigung und Veränderung zu machen.

Auch auf europäischer Ebene brauchen wir für Verständnis und Verständigung die Kraft der Kunst und Kultur. Deshalb habe ich - ein letztes Beispiel - im vergangenen Jahr alle Hebel in Bewegung gesetzt, um zu verhindern, dass die EU-Finanzierung des European Union Youth Orchestras ausläuft - seit 40 Jahren Symbol des europäischen Prinzips der Einheit in Vielfalt. Wenn es dieses europäische Jugendorchester noch nicht gäbe, müsste man es gerade jetzt gründen! Gemeinsam mit meinen europäischen Kollegen habe ich mich darum vehement und zum Glück erfolgreich für kurzfristige Finanzhilfen und eine weitere Finanzierung durch die Europäische Kommission eingesetzt. Das war mir ein echtes Herzensanliegen. Denn gerade in Krisenzeiten braucht Europa den Enthusiasmus der Kunst, und ich bin sicher, dass die 140 jungen

Positive und negative Folgen der Migration

»Einwanderung hat im aufnehmenden Land meist sowohl positive als auch negative Folgen. Die Lasten und der Nutzen sind dabei sehr ungleich verteilt. Während die oberen Mittelschichten und die Oberschichten von der Zuwanderung in der Regel profitieren, allein deswegen, weil dies billige Arbeitskräfte im Haushalt und für sonstige Dienstleistungen ermöglicht, finden die soziokulturellen Veränderungen in der Regel in jenen Vierteln statt, in denen die unteren Schichten der heimischen Bevölkerung leben. Auch deswegen ist die politische Steuerung von Einwanderung so wichtig. Nur wenn sie von der gesamten Bevölkerung, also auch von denjenigen, die selbst in prekären Verhältnissen leben, akzeptiert wird, kann diese die aufnehmende Gesellschaft bereichern.«

»Offene Grenzen würden die Staatlichkeit weltweit gefährden.«

Ein Gespräch mit Julian Nida-Rümelin über Migration und Ethik.

<http://newsderwoche.de/gesellschaft/2201-offene-grenzen-wurden-die-staatlichkeit-weltweit-gefahrden.html>

Musikerinnen und Musiker aus allen EU-Mitgliedstaaten damit auch andere Menschen für die europäische Idee begeistern können - ganz nach dem Motto »Hier spielt die Zukunft«!

Alles in allem, meine Damen und Herren, können wir uns, wie ich finde, gerade mit Blick auf die gegenwärtigen Spannungen in unserer pluralistischen Gesellschaft und in unserer global vernetzten Welt glücklich schätzen, dass wir in Deutschland ein dicht geknüpftes Netz kultureller Angebote und Einrichtungen haben, und dazu eine Kulturförderung, die weltweit ihresgleichen sucht - beides übrigens Ergebnis unserer langen föderalen Geschichte und der vielfach gescholtenen Kleinstaaterei. Und auch, wenn der Bundestagswahlkampf allmählich Fahrt aufnimmt und ein Lob für einen Sozialdemokraten mir deshalb natürlich nicht ganz so leicht über die Lippen geht, muss ich unserem Altkanzler Gerhard Schröder doch eines zugute halten: Er hat Klugheit und Weitsicht bewiesen, als er der Bundeskulturpolitik vor knapp 20 Jahren mit dem Amt des Kulturstaatsministers im Kanzleramt zu mehr Gewicht und Eigenständigkeit verhalf. Denn Politik für eine Kultur der Verständigung in unserer Gesellschaft ist etwas anderes als Innenpolitik, als Wirtschaftspolitik oder auch als Außenpolitik und sollte sich deshalb auch nicht den Gepflogenheiten und Gesetzmäßigkeiten der Innen-, Wirtschafts- oder Außenpolitik unterordnen müssen.

Was auch immer also die heutige Tagung an Erkenntnissen für Welt, Kultur und Politik - oder auch für eine Weltkulturpolitik - bringt, meine Damen und Herren: Ich glaube, wir tun gut daran, die Kirche - und gerne auch die Synagoge und die

Moschee - im Dorf zu lassen. Globalisierung und Migration machen Grenzen und Nationalstaaten keinesfalls obsolet, ganz im Gegenteil: Sie definieren Rechtsräume und Zugehörigkeiten, die Voraussetzung für interkulturelle Verständigung sind. Im Übrigen sollten wir nicht unterschätzen, dass gerade dort, wo der scharfe Wind der Globalisierung weht und Bindungen an Stabilität verlieren, die Sehnsucht nach Heimat wächst - das Bedürfnis nach Sicherheit, nach Verbindlichkeit, nach geistigen und kulturellen Wurzeln. Dieses Bedürfnis steht nicht im Widerspruch zu Weltoffenheit und Toleranz, so wenig wie das Deutsche im Widerspruch zum Europäischen steht - jedenfalls dann nicht, wenn wir immer wieder willens und in der Lage sind, das Gemeinsame über das Trennende zu stellen. Die Kunst der Diplomatie braucht es dafür ebenso wie die Diplomatie der Kunst und Kultur, und deshalb lohnt es sich gewiss, in der Diskussion über Welt, Kultur und Politik auch den ein oder anderen Rat Otto von Bismarcks zu beherzigen, der sich als Außenpolitiker um den Erhalt des europäischen Friedens bemühte - und der uns ein paar eiserne Diplomaten-Regeln hinterlassen hat, unter anderem diese: »Wenn man sagt, dass man einer Sache grundsätzlich zustimmt, so bedeutet dies, dass man nicht die geringste Absicht hat, sie in der Praxis durchzuführen.« In diesem Sinne, meine Damen und Herren, wünsche ich Ihnen für Ihre Konferenz möglichst wenig »grundsätzliche Zustimmung«, dafür aber umso mehr kontroverse und erkenntnisreiche Diskussionen über die Möglichkeiten der Kulturpolitik, in Zeiten der Globalisierung zu gegenseitigem Verständnis und zu einer Kultur der Verständigung beizutragen! ■

Gleichheit und Gerechtigkeit

»Im Zuge der regressiven Modernisierung kommt es zu einer Umwertung des Gerechtigkeits- und Gleichheitsdiskurses. Es geht nun vor allem um das Modell einer radikalisierten Chancengleichheit. Gerechtigkeit bedeutet in diesem Zusammenhang dann nicht so sehr den Ausgleich vertikaler Ungleichheiten als vielmehr in erster Linie die Verringerung horizontaler Diskriminierungen entlang kultureller Merkmale. Die Schlüsselbegriffe dieses Gerechtigkeitsdiskurses sind nicht mehr soziale Ungleichheit und Ausbeutung, sondern Gleichberechtigung und Identität. (...) Die vertikale Logik der Umverteilung wird zunehmend ausgeblendet. (...) Chancengleichheit ist daher das Gerechtigkeitsprinzip einer individualisierten Gesellschaft, denn mit ihr werden Autonomie, Eigenverantwortung und Selbstverwirklichung radikalisiert, die Konkurrenz der Individuen innerhalb und zwischen den Gruppen wird erhöht und schließlich werden soziale und solidarischer Bindungen untergraben.«

Oliver Nachtwey, Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne, Frankfurt a.M., Edition Suhrkamp, (Dritte Auflage) 2016, S. 112f